

Herrn

Peter Weiß MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mannheim, den 04.07.2011

Brief IEDF vom 11.06.2011, bislang unbeantwortet

Sehr geehrter Herr Weiß,

die Anträge von SPD und BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN sind nun, mit der Stimmenmehrheit der Koalition, abgelehnt. Wir glauben nun davon ausgehen zu müssen, dass die beiden Lösungsvorschläge damit vom Tisch sind. Jetzt warten wir auf ein eigenständiges Lösungskonzept der Unionsfraktion.

In der Pressemitteilung *„Rentenstreit um DDR-Flüchtlinge bleibt weiter ungelöst“* wird ein Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion mit dem Hinweis auf die Spätaussiedler aus Kasachstan und Siebenbürgen zitiert, von denen möglicherweise eine „Klageflut“ zu erwarten wäre, wenn man eine eigenständige Lösung des Konfliktes „DDR-Flüchtlinge“ zustande brächte.

Wir hatten, da kann ich mich genau erinnern, am 09.06.2011 genau darüber gesprochen. Sie selbst hatten diesen Einwand gebracht, und wir konnten darauf hinweisen, dass das Rentenrecht immer einen grundsätzlichen Unterschied gemacht hat zwischen Übersiedlern aus der DDR einerseits und Aus- und Spätaussiedlern aus Ost- und Südosteuropa andererseits. Was die letzteren anbetrifft, hatte man schon Anfang der 90-er Jahre eine Anpassung des Fremdenrentenrechts angekündigt und den Schritt auch schlüssig begründet.

Mit dem Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz vom 25.09.1996 ist dann der Schnitt gemacht worden. Der Text sowie die Begründung zielen eindeutig auf die Aussiedler /Spätaussiedler, mit Ausnahme der Zuzügler aus Polen, für die ein gesondertes Gesetz gilt. Die DDR-Flüchtlinge gehören auf jeden Fall nicht zu den Adressaten des Gesetzes vom 25.09.1996.

Wir konnten also diese Bedenken schon am 09.06.2011 entkräften. Umso mehr verwundert es, dass Sie dem in der Pressemitteilung ungenannt gebliebenen Abgeordnetenkollegen in der Debatte vom 29.06.2011 nicht widersprochen haben.

Sie hatten am 09.06.2011 angemerkt, dass weitere Besprechungen zu unserem Thema stattfinden sollen, auch in Zusammenarbeit mit Vertretern der anderen Fraktionen sowie des BMAS. Unseren Wunsch, an diesen teilzunehmen, hatten Sie, so kann ich mich erinnern, akzeptiert. Insofern warten wir auf eine entsprechende Einladung.

Wenn der Bundestag im September wieder zusammentritt, möchten wir darum bitten, dass die Union sich nun endlich dazu aufrafft, das Thema zügig zu einem angemessenen Ende zu führen. Bitte bedenken Sie, dass die Ältesten unter den Betroffenen inzwischen bereits 74 Jahre alt sind. In Anbetracht der 20 Jahre, die das Thema schwelt, kann man es wahrhaftig nicht mehr verantworten, die Betroffenen zur Geduld zu mahnen.

Wir sind bereit zu einer konstruktiven Zusammenarbeit. Wir können auch konkrete Lösungsvorschläge anbieten. Bitte machen Sie von diesem Angebot Gebrauch.

Mit freundlichem Gruß,

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)

Vorab als e-mail